

Landtag Rheinland-Pfalz - 16. Wahlperiode - 106. Sitzung, 06.10.2015

Landeshaushaltsgesetz 2016 (LHG 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/5630 –

Erste Beratung

dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2015 bis 2020

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 16/5631, Vorlage 16/5805 –

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch Redezeiten, für die CDU 14 Minuten, für die SPD acht Minuten und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neun Minuten. Gemeldet hat sich zunächst Herr Kollege Dr. Weiland für CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeit, die noch zur Verfügung steht, ist zu kurz, um auf die Rede der Ministerpräsidentin im Einzelnen einzugehen. (Alexander Schweitzer, SPD: Eigene Vorschläge zu machen!)

– Die eigenen Vorschläge kommen dann, wenn Sie sie am wenigsten erwarten, Herr Schweitzer, und Ihnen am wehesten tun.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Ich will nur auf einen Punkt aufmerksam machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Die Ministerpräsidentin konnte offensichtlich nicht darauf verzichten, in ihren rhetorischen Plattenschränk zu greifen und die alte Single mit dem Oldie, die Opposition redet das Land schlecht, zu entstauben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube, das erfordert eine kurze Antwort in allem Respekt. Frau Ministerpräsidentin, Sie sind nicht das Land.

(Beifall der CDU)

Ihre Landesregierung ist nicht das Land.

(Beifall bei der CDU –

Hans-Josef Bracht, CDU: Gott sei Dank!)

Sie versuchen bestenfalls, dieses Land zu regieren, und wir, die Opposition, sind in Übereinstimmung mit einem großen Teil der Bevölkerung und der Wählerschaft der Auffassung, dass Sie das

(Alexander Schweitzer, SPD: Hervorragend tut!)

schlecht tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen kann man der Ministerpräsidentin für die deutlichen Worte, die sie gefunden hat, dankbar sein,

(Beifall bei der CDU –
Michael Hüttner, SPD: Ja, da sind wir auch
dankbar!)

wie allen anderen Rednern und Rednerinnen, die an dieser
Debatte teilgenommen haben, meine sehr geehrten
Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn
eines ist deutlich geworden: Der Wähler und die Wählerin
werden am 13. März 2016 eine klare Wahlmöglichkeit zwischen
unterschiedlichen Politikansätzen und Konzepten
haben.

(Beifall bei der CDU –
Julia Klöckner, CDU: Ja! –
Carsten Pörksen, SPD: Genau!)

Die Rede der Ministerpräsidentin steht für rot-grünes „Weiter
so“.

(Beifall der CDU)

Dem steht ein Konzept der CDU gegenüber

(Alexander Schweitzer, SPD: Wo denn?)

für einen Kurswechsel in Rheinland-Pfalz, für einen Kurswechsel,
der günstige Rahmenbedingungen nutzen will,
um Vorsorge für morgen und künftige Generationen zu
treffen, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Das „Weiter so“ von Rot-Grün ist eine nahtlose Fortsetzung
der desaströsen Haushaltspolitik der vergangenen
25 Jahre,

(Beifall bei der CDU)

und die Ministerpräsidentin hat vorhin deutlich gemacht
– wenn die Machtpolitikerin bei ihr durchkommt, wird es mit
der Verbindlichkeit ein bisschen dünn bei ihr, dann werden
auch die Beschimpfungen der Opposition ein bisschen
grenzwertig, aber darauf will ich jetzt nicht näher eingehen

–,

(Martin Haller, SPD: Aha!)

sie will dieses Land mit Rot-Grün weiter regieren.

(Michael Hüttner, SPD: Das ist gut so!)

– Sie klatschen schon gar nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ankündigung
wird von immer mehr Menschen in diesem Land als
kalte Bedrohung empfunden;

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn weiter so mit Rot-Grün bedeutet jedes Jahr neue
Schulden. Sie haben in den vergangenen 25 Jahren,
in denen Sie ununterbrochen die Finanzminister bzw.
-ministerinnen dieses Landes gestellt haben, sage und
schreibe 27 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Sie verwalten einen Schuldenberg von mittlerweile 38 Milliarden Euro. Diese 38 Milliarden Euro machen deutlich, was wir vertreten, was unsere Position ist:

(Alexander Fuhr, SPD: Mehr Ausgaben!)

Nicht Sparen gefährdet den sozialen Frieden, sondern Verschuldung gefährdet den sozialen Frieden in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Deshalb hat die Vorsitzende der CDU-Fraktion in diesem Landtag heute Morgen recht gehabt, als sie gesagt hat, dass dieser Verschuldungshaushalt den sozialen Frieden in diesem Land gefährdet, so wie der gesamte Schuldenberg; denn die 1 Milliarde Euro, die Sie jedes Jahr an die Gläubigerbanken des Landes Rheinland-Pfalz und die internationalen Finanzmärkte zahlen müssen, stehen nicht mehr zur Gewährleistung sozialer Fairness in diesem Land zur Verfügung .

(Beifall der CDU)

Es gibt ein ganz konkretes Beispiel neben diesen Zahlen, die sich auf 25 Jahre Haushaltspolitik der SPD in diesem Land beziehen, es gibt einen ganz konkreten Bezugspunkt zu dem Haushalt, den die Finanzministerin gestern hier eingebracht hat: Das ist der soziale Wohnungsbau. Die sozialdemokratische Finanzministerin erkennt ihr Herz für den sozialen Wohnungsbau.

(Alexander Schweitzer, SPD: Ja und?)

Das Land hat aber kein Geld mehr für den sozialen Wohnungsbau,

(Beifall der Abg. Julia Klöckner, CDU)

weil unter einem ihrer Vorgänger das Vermögen des sozialen Wohnungsbaus einfach verscherbelt und verjuxt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

In den Jahren 2005 bis 2008 hat die Landesregierung in einer regelrechten Kaskade von undurchschaubaren Transaktionen das Vermögen des Landes aus Darlehen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus aktiviert, aktiviert bedeutet verjubelt, sprich für laufende Ausgaben herangezogen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Darin waren und sind bis heute die Reste des Pensionsfonds verstrickt und eine eigens für diesen Zweck gegründete GmbH, eine Briefkastenfirma, nämlich die PLP Management GmbH Co. KG mit Sitz in Koblenz. Wenn ich sage mit Sitz in Koblenz, dann bezieht sich das im Wesentlichen auf einen Briefkasten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist nämlich eine Briefkastenfirma.

(Beifall bei der CDU)

Ausweislich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage – Drucksache 16/5533 – beträgt der Schuldenstand dieser Briefkastenfirma als KG im alleinigen Besitz des Landes zum 31. Dezember 2015 voraussichtlich 638 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Schulden tauchen in keinem Finanzplan auf, geschweige denn im Haushaltsplan des Landes Rheinland-Pfalz.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Die wären den 38 Milliarden Euro noch hinzuzurechnen. Genauso wie die 1 Milliarde Euro, die im Landesstraßenbau fehlt, als verdeckte Schulden, als Schattenschulden den 38 Milliarden Euro Gesamtverschuldung hinzuzurechnen wäre.

Genauso wie die Millionenbeträge, die im verfassungswidrigen Kommunalen Finanzausgleich des Landes Rheinland-Pfalz fehlen, hinzuzurechnen wären, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Verschuldung gefährdet sozialen Frieden und soziale Fairness. Was haben wir in den vergangenen 25 Jahren als CDU Opposition von sozialdemokratischen Finanzministern und teilweise auch Staatssekretären im Ministerium der Finanzen alles erleben müssen an Tarnen, Täuschen und Tricksen.

(Beifall bei der CDU)

Was haben wir alles über uns ergehen lassen müssen an Beschimpfungen der Opposition, die lediglich auf die wahren Zahlen hingewiesen hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Thomas Weiner, CDU: So ist es!)

Wie oft ist uns in diesem Hohen Hause vom Vorgänger dieser Ministerpräsidentin ein ausgeglichener Haushalt versprochen worden,

(Gerd Schreiner, CDU: Stimmt! –
Christian Baldauf, CDU: 2006, 2008, 2011!)

immer natürlich vor Wahlen, immer natürlich mit der Perspektive für morgen und übermorgen. Danach ist alles noch schlimmer gekommen.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Systematik, Politik zu machen, sich über Wahltage hinwegzumogeln, hat sich in diesem Land nichts, aber auch gar nichts geändert.

(Beifall bei der CDU)

Heute bzw. gestern wird uns versprochen, wir schaffen den ausgeglichenen Haushalt 2020.

(Zuruf der Staatsministerin Doris Ahnen)

Na schön, wenn Sie 2020 überhaupt noch an der Regierung sind, dann würden wir darüber reden. Wenn wir dann an der Regierung sind, haben wir einen ausgeglichenen Haushalt. Das kann ich Ihnen schon einmal sagen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Diese Methode, über die Probleme von heute hinwegzureden oder den Versuch zu unternehmen, sich über die Probleme von heute hinwegzumogeln, indem man auf morgen und übermorgen verweist, das hat mit reeller und realistischer Politik nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das hat dazu geführt, dass dieses Land immer weiter in die Verschuldung abgeglitten ist.

Jetzt führen mittlerweile Leute den Begriff „Strukturelles Defizit“ im Munde, von denen man nicht so genau weiß – Frau Finanzministerin Ahnen nehme ich dabei einmal ausdrücklich aus –, ob sie genau wissen, was sich dahinter verbirgt.

Nur muss ich sagen, auch die Finanzministerin konzentriert sich bei ihren Ausführungen ausschließlich auf das strukturelle Defizit. Es wird sozusagen das strukturelle Defizit als Wohlfühlkaninchen aus dem Zylinder hervorgeholt, um von allen anderen Haushaltsproblemen abzulenken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das strukturelle Defizit ist eine wichtige Kenngröße zur Beurteilung eines Haushalts, aber es ist nicht die alleinige Kenngröße dafür. Ich zitiere Ihren Wirtschaftlichkeitsbeauftragten. Frau Ministerpräsidentin, ich meine nicht Ihren persönlichen, sondern den Wirtschaftlichkeitsbeauftragten der Landesregierung. Er sagt nämlich:

„Das vergleichsweise hohe Steueraufkommen, der in der laufenden Rechnung erzielte Überschuss und das verringerte strukturelle Defizit dürfen nicht dazu verleiten, die Konsolidierung auf der Ausgabenseite zu vernachlässigen.“ Genau das bemängeln wir in Ihrem Haushalt, den Sie vorgelegt haben. Exakt das bemängeln wir in Ihrem Haushalt.

(Beifall der CDU)

Ihnen fallen günstige und günstigste Rahmenbedingungen in den Schoß, für die Sie nun wirklich nichts können. Es zeichnet Sie aus, dass Sie auch nicht behauptet haben, dass Sie an dem großen finanziellen Handlungsspielraum von über 700 Millionen Euro irgendeine eigenen Verdienste hätten. Es zeichnet Sie aus, dass Sie das nicht tun. Aber Sie haben natürlich die über 700 Millionen Euro als finanzielle Verfügungsmasse zu Ihrer Verfügung, und das reicht Ihnen nicht, um ein Zeichen der Solidität und der Zukunftszugewandtheit dieses Haushalts zu setzen. Das ist unser zentraler Kritikpunkt.

(Beifall der CDU)

Sie sind nicht in der Lage, trotz idealer, günstigster Voraussetzungen dieses Land in den Reigen der sieben Flächenländer in Deutschland zu führen, die keine neuen Schulden mehr machen.

Wir wollen aufgrund der Vergangenheit, mit der Sie sich herumzuschlagen haben, noch gar nicht davon reden, dass Sie, wie drei andere Flächenländer, schon damit anfangen, Schulden zu tilgen. Wir wissen schließlich, was wir realistischerweise von Ihnen erwarten können und was nicht; Letzteres können wir von Ihnen nicht erwarten. Aber wir können von Ihnen ernsthaft erwarten, dass Sie bei einem Haushaltsvolumen von 16 Milliarden Euro und bei einem zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum von über 700 Millionen Euro auf die Aufnahme von neuen Schulden in der Größenordnung von 400 Millionen Euro verzichten.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Die Höflichkeit gegenüber den beiden Damen gebietet es aber, noch einen letzten Satz zu sagen.

Das ist unsere Forderung an Sie, und darin unterscheiden wir uns grundlegend. Sie können sich gute Politik ohne Schulden nicht vorstellen; wir glauben, gute Politik kann man erst dann machen, wenn man keine neuen Schulden braucht.

(Beifall der CDU –
Jochen Hartloff, SPD: Herr Kollege, beides
stimmt nicht! –
Julia Klöckner, CDU: Da muss auch Herr
Hartloff nachdenken!)